

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Einjahresbilanz des sogenannten Bildungsgipfels – Jetzt eine PISA-Offensive für die frühkindliche Bildung starten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aktuelle Bildungsstudien zeigen alarmierende Ergebnisse und einen deutlichen Kompetenzverlust von Schülern in Deutschland. Nach wie vor besteht eine hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Unterstützung durch das Elternhaus. Bereits in der Grundschule erreicht etwa ein Viertel aller Viertklässler nicht mehr den internationalen Mindeststandard im Lesen. In der jüngsten PISA-Studie 2022 wurden die schlechtesten jemals für Deutschland ermittelten Ergebnisse berechnet. Im Vergleich zum vorangegangenen Test 2018 haben 15-Jährige in Deutschland fast das Wissen eines ganzen Schuljahres eingebüßt. Allein in Mathematik ist der Anteil der Schüler, die nicht einmal die Mindestanforderungen erfüllen, von 22 auf 30 Prozent gestiegen.

Deutschland ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Die bildungspolitischen Herausforderungen werden längst zu einem Standortrisiko für Deutschland. Betriebe finden zunehmend mahnende Worte zu den Bildungsdefiziten vieler Schulabgänger. Wirtschaftsverbände sind alarmiert und warnen vor einer weiteren Zuspitzung des Fachkräftemangels. Langfristig rechnen Wissenschaftler angesichts der PISA-Ergebnisse mit wirtschaftlichen Kosten in Höhe von rund 14 Billionen Euro (www.ifo.de/pressemitteilung/2023-12-05/pisa-absturz-gefahr-det-wirtschaftlichen-wohlstand).

Es ist nicht damit getan, dass die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger im März 2023 eine Fachtagung zur empirischen Bildungswissenschaft kurzerhand zu einem Bildungsgipfel erklärte. Weder der Termin noch Format und Inhalt waren im Vorfeld mit den maßgeblichen bildungspolitischen Akteuren abgestimmt. Die für den Bereich der frühkindlichen Bildung mitverantwortliche Kabinettskollegin, die Bundesjugendministerin Lisa Paus, wurde nach Auskunft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) nie eingeladen (siehe Drucksache 20/7068). Die Ankündigung der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, eine Taskforce „Team Bildung“ aus Bund, Ländern und Kommunen konstituieren zu wollen, wurde nicht umgesetzt und auch ansonsten blieb der sogenannte Bildungsgipfel ohne Ergebnis. Medienberichte kommentierten die Veranstaltung als „unvorbereitet und dilettantisch“ (www.faz.net/aktuell/politik/bildungsgipfel-unvorbereitet-und-dilettantisch-18748110.html) und als „Blamage für die Bildungsministerin“ (www.zeit.de/gesellschaft/2023-03/bildungsgipfel-bundeslaender-bildungspolitik-landesregierungen).

Ein Jahr nach dem Bildungsgipfel wurden der Etat für Bildung und Forschung gekürzt, das erfolgreiche Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ ersatzlos auslaufen

gelassen und für den DigitalPakt Schule ist weiterhin keine Anschlussfinanzierung in Sicht. Die Einigung zwischen Bund und Ländern auf das Startchancen-Programm ist keine ausreichende Antwort auf die gravierenden Herausforderungen im Bildungsbe- reich. Zehn von elf Schülern werden von diesem Programm nicht profitieren. Zudem investiert die Bundesministerin vor allem in Baumaßnahmen, für die die zur Verfü- gung stehenden Mittel vermutlich über Jahre nicht abfließen werden. Die weiteren Mittel vergibt der Bund nach Umsatzsteuerpunkten, ohne ihre Verwendung tatsächlich steuern zu können.

Haushaltskürzungen, auslaufende Bildungsprogramme und fehlende Bekenntnisse zu versprochenen Bildungsmaßnahmen führen aktuell zu dramatischer Planungsunsicher- heit in den Ländern, Kommunen, Kindertageseinrichtungen und an Schulen. Die Bun- desregierung liefert bisher keine verlässliche Antwort auf die Frage, wie sich der Bund künftig bildungspolitisch engagieren wird. Diese Ambiguität zeigt sich insbesondere in der Frage nach einer Anschlussfinanzierung für den DigitalPakt Schule, der am 16. Mai 2024 auslaufen wird. Während die Bundesbildungsministerin Bettina Stark- Watzinger weiterhin einen Digitalpakt 2.0 ankündigt, verweigerte der Bundesfinanz- minister Christian Lindner in der Regierungsbefragung am 21. Februar 2024 weiterhin eine belastbare finanzielle Zusage. Der unter der unionsgeführten Bundesregierung eingerichtete DigitalPakt Schule hat maßgeblich dazu beigetragen, die digitale Bildung an Schulen auf- und auszubauen. Die bereitgestellten Mittel sind fast vollständig ge- bunden. Kommunen und Schulen brauchen dringend Planungssicherheit, inwieweit die Bundesregierung auch in Zukunft Mittel für die digitale Bildung bereitstellen wird. Die Unsicherheit vor Ort führt bereits heute dazu, dass Verträge mit IT-Fachkräften gekündigt und mühevoll aufgebaute Strukturen abgebaut werden.

Gleichermaßen erfordert eine pragmatische und effiziente Umsetzung bildungspoliti- scher Maßnahmen einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf. Die späte Einigung auf das Startchancen-Programm zwingt Länder, Kommunen und Schulen aktuell zu einem sehr ambitionierten Umsetzungszeitplan. So droht ein auf zehn Jahre angelegtes milli- ardenschweres Bildungsprogramm bereits in den ersten Monaten falsch aufgelegt zu werden. Hinzu kommt, dass die für die Umsetzung zuständigen Kommunen in die Konzeption des Startchancen-Programms kaum eingebunden waren. Auf Nachfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fand auf Initiative des BMBF lediglich ein Ge- spräch mit Vertretern kommunaler Spitzenverbände zur Ausgestaltung des Startchan- cen-Programms statt (s. Drucksache 20/10233). Angesichts der Hinhaltetaktik der Bundesregierung in den Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0 droht auch für dieses Pro- gramm eine unverantwortlich kurze Zeit der Umsetzung.

Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, die bildungspolitischen Herausforderun- gen gemeinsam anzugehen. Wenngleich die Kultushoheit verfassungsgemäß bei den Ländern und die Zuständigkeit für die Kindertagesbetreuung bei den Kommunen lie- gen, so muss jede Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer Verantwortlichkeit einen Beitrag leisten.

Ein besonderer Fokus gilt der frühkindlichen Bildung. Echte Startchancen müssen be- reits vor der Einschulung sichergestellt werden. Kein Kind darf verloren gehen. Hier- für müssen die beiden Systeme der Kitas und Grundschulen wieder stärker zusammen- gedacht und die Anschlussfähigkeit sichergestellt werden. Außerdem gilt es, den Sprach- und Entwicklungsstand aller Kinder frühzeitig festzustellen. Erkenntnisse aus der Bildungsforschung und digitale Diagnostik-Tools spielen hierbei eine wichtige Rolle. Kinder mit Förderbedarf müssen identifiziert und bedarfsgerecht unterstützt werden. Im Fokus sollte die Sprachförderung stehen. Nur wenn jedes Kind zum Zeit- punkt der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt, kann es am Grundschulunterricht sinnvoll teilhaben. Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark- Watzinger hat jüngst richtigerweise die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach flächendeckenden und frühzeitigen Sprachtests sowie verbindlicher Sprachför- derung übernommen (<https://rp-online.de/politik/deutschland/stark-watzinger>

bildungsministerin-fordert-sprachtests-fuer-kleinkinder_aid-107365379). Auf diese Forderung der Bundesbildungsministerin müssen jetzt in enger Abstimmung mit den Ländern konkrete Umsetzungsschritte folgen. Der Verweis auf das Startchancen-Programm, bei dem zehn von elf Kindern durchs Raster fallen werden, reicht nicht aus. Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger muss jetzt zusammen mit den Ländern einen stringenten, zielorientierten Prozess zur Modernisierung des Bildungssystems organisieren und alle Kinder mit Förderbedarf in den Blick nehmen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. wieder für mehr Verlässlichkeit und Verbindlichkeit des bildungspolitischen Engagements des Bundes zu sorgen. Länder, Kommunen, Kindertageseinrichtungen und Schulen brauchen Planungssicherheit und mehr Zeit für eine pragmatische und effiziente Umsetzung bildungspolitischer Programme;
 2. in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen einen zielführenden und stringenten Prozess aufzusetzen, der die Zusammenarbeit der Systeme Kita und Grundschule stärkt;
 3. in enger Abstimmung mit den Ländern einheitliche Standards zur Einführung einer frühen, flächendeckenden Diagnostik des Entwicklungsstands von drei- bis vierjährigen Kindern zu schaffen. Die Diagnostik soll neben schulischen Vorläuferfähigkeiten (darunter Sprachstand, Wortschatz, mengen- und zahlenbezogenes Wissen) auch Motorik und Selbstregulation berücksichtigen. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Bildungsforschung gilt es einzubeziehen;
 4. gemeinsam mit den Ländern die Rahmenbedingungen zu schaffen, grundsätzlich alle Kinder frühzeitig vor der Einschulung auf einen zusätzlichen Förderbedarf, insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung, zu testen, also auch Nicht-Kita-Kinder und Kinder in der Kindertagespflege;
 5. in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen ein verpflichtendes, einjähriges vorschulisches Programm in Kita, Kindergarten oder Grundschule für alle Kinder mit Förderbedarf einzuführen und dabei neben schulischen Vorläuferfertigkeiten und Motorik auf eine grundlegende Stärkung der Deutschkenntnisse zu setzen. Das erfolgreiche Bundesprogramm Sprach-Kitas „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ kann hierfür eine Blaupause sein;
 6. gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass den pädagogischen Fachkräften Beobachtungs- und Diagnoseinstrumente sowie Fördermaterialien digital zur Verfügung stehen. Der Bund kann hierbei insbesondere seine Expertise aus der Bildungsforschung einbringen und diese entsprechend weiterentwickeln;
 7. in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen die Rahmenbedingungen an Schulen für externe Bildungs Kooperationen mit Unternehmen und Stiftungen zu verbessern und zu entbürokratisieren.

Berlin, den 19. März 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

